KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Hannes Damm, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Offshore Windenergie – Testfeld und Potenziale

Ich frage die Landesregierung:

1. Bezug nehmend auf die Genehmigung des Szenariorahmens 2025-2037/2045 der Bundesnetzagentur, in dem es heißt: „Zusätzlich wird in Szenario B 2045 und Szenario C 2045 angenommen, dass ab dem Jahr 2038 eine derzeit noch nicht ausgewiesene Fläche im Küstenmeer Mecklenburg-Vorpommerns erschlossen wird. Für diese Fläche soll ein voraussichtliches Potenzial von 1 GW unterstellt werden. Die Fläche im Küstenmeer Mecklenburg-Vorpommerns muss in einer Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogramms (LEP) festgelegt werden. Das Land hat in der Konsultation auf die Möglichkeit, weitere Potenziale im Küstenmeer zu heben, hingewiesen.“
Um welche konkrete Fläche oder konkreten Flächen handelt es sich bei dem im Szenario-rahmen genannten Potenzial von 1 Gigawatt im Küstenmeer Mecklenburg-Vorpommerns, das ab dem Jahr 2038 erschlossen werden soll?
 - a) Welche Gebiete zieht die Landesregierung hierfür in Betracht?
 - b) Ist das Zitat so zu verstehen, dass die Landesregierung zunächst plant, eine zusätzliche Fläche mit einer potenziellen installierten Leistung von ca. 1 Gigawatt im LEP auszuweisen, und es sich vorbehält, darüber hinausgehende Potenziale entweder ebenfalls bereits im kommenden LEP oder erst zu einem späteren Zeitpunkt auszuweisen?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass für die Planbarkeit des Netzausbaus eine möglichst frühzeitige und umfassende Ausweisung aller identifizierten Potenziale zielführend wäre?
Welche Gründe sprechen aus Sicht der Landesregierung gegebenenfalls gegen eine solche frühzeitige und umfassende Ausweisung aller Potenziale im Küstenmeer im kommenden LEP?

3. Welchen konkreten Beitrag sollen die im Küstenmeer zusätzlich geplanten Offshore-Windenergieflächen zur Erreichung der landeseigenen Energie- und Klimaziele Mecklenburg-Vorpommerns leisten?
Gibt es hierzu quantitative Zielsetzungen seitens der Landesregierung, die über die im WindSeeG verankerten Bundesziele hinausgehen oder diese für Mecklenburg-Vorpommern konkretisieren?
4. Inwieweit berücksichtigt die Landesregierung bei ihren Planungen für zusätzliche Offshore-Windenergieflächen im Küstenmeer auch das Potenzial für die grüne Wasserstoffproduktion auf See oder onshore unter Nutzung des dort erzeugten Stroms?
5. Bezug nehmend auf den Flächenentwicklungsplan 2025 für die deutsche Nordsee und Ostsee des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH), in dem es heißt: „Testfeld und Testfeld-Anbindungsleitung Es wird auf die Begründung im FEP 2023 verwiesen. Eine Anpassung wird jedoch hinsichtlich der Festlegung einer durch die ÜNB zu realisierenden Testfeld-Anbindungsleitung mit einer Kapazität von 300 MW und einer Inbetriebnahme in dem Kalenderjahr 2032 vorgenommen. Die genannte Testfeld-Anbindungsleitung (siehe auch Kapitel 3 des FEP 2023) wird nicht festgelegt. Begründet ist dies in der ausbleibenden Bekanntmachung des Bedarfs einer solchen Testfeld-Anbindungsleitung durch das Land Mecklenburg-Vorpommern bis zum 30.06.2023.“
Aus welchen Gründen wurde der Bedarf für die Testfeld-Anbindungsleitung durch das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht fristgerecht bis zum 30. Juni 2023 beim BSH bekannt gemacht?
 - a) Hält die Landesregierung weiterhin an den Plänen für ein Offshore-Testfeld im Küstenmeer Mecklenburg-Vorpommerns fest?
 - b) Wenn ja, bis wann plant die Landesregierung mit welchen Schritten eine Inbetriebnahme des Testfeldes (insbesondere hinsichtlich der Sicherstellung einer Anbindungsleitung)?
 - c) Wenn nicht, warum nicht?

6. Bezug nehmend auf weitere Aussagen im Flächenentwicklungsplan 2025 für die deutsche Nordsee und Ostsee des BSH: „Für die Ostsee erfolgt keine zusätzliche Festlegung im Vergleich zum FEP 2023.“

Ist das Vorgehen der Landesregierung und die aktuelle Festlegungslage im FEP 2025 so zu verstehen, dass weitere Flächen für die Offshore-Windenergienutzung im Küstenmeer Mecklenburg-Vorpommerns (über die in Block 1 genannten 1 Gigawatt hinaus) regulatorisch erst nach Verabschiedung und Inkrafttreten des fortgeschriebenen LEP, voraussichtlich im Jahr 2027, ausgewiesen und anschließend in zukünftige Fortschreibungen des FEP aufgenommen werden können?

- a) Wie bewertet die Landesregierung die Auswirkungen dieser zeitlichen Staffelung der Flächenausweisung (z. B. 1 Gigawattfläche ab dem Jahr 2038 und weitere potenzielle Flächen erst nach LEP-Beschluss 2027) auf die Planbarkeit der Energiewende, insbesondere im Hinblick auf Ausschreibungstermine, Lieferketten und die Erreichung der Ausbauziele für erneuerbare Energien?
 - b) Die bestehenden Festlegungen des FEP ermöglichen voraussichtlich die Erreichung der Ziele des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) bis 2035.
Zielt die Landesregierung mit den in Aussicht gestellten weiteren Ausweisungen von Potenzialen im Küstenmeer auf Inbetriebnahmen von Windenergieanlagen überwiegend nach 2035 ab?
 - c) Wann wäre nach aktueller Planung der Landesregierung frühestens mit einer Ausschreibung für die im Szenariorahmen genannte 1 Gigawattfläche zu rechnen?
7. Bezug nehmend auf weitere Aussagen im Flächenentwicklungsplan 2025 für die deutsche Nordsee und Ostsee des BSH: „Zusätzlich weisen die ÜNB regelmäßig auf weitere Potenziale im Küstenmeer Mecklenburg-Vorpommerns hin.“
- Ist der Landesregierung bekannt, um welche Flächenpotenziale es sich handelt?
- a) Um welche Flächen handelt es sich?
 - b) Wie bewertet die Landesregierung die genannten Potenziale?

Hannes Damm, MdL